

Jobticket; Antrag auf Erhöhung des Zuschusses

- I. Im Jahr 1995 wurde auf Initiative der Personalvertretung das Job-Ticket probeweise eingeführt. Zwei Jahre später beschloss der Stadtrat die endgültige Einführung ab 1. Oktober 1997.

Mittlerweile sind mehr als 20 Jahre vergangen. Während dieser Zeit sind die Monatspreise für das Firmenabo der VAG um ca. 200 Prozent gestiegen. Der städtische Zuschuss i.H.v. damals 15,00 DM, jetzt 8,00 Euro, hingegen ist statisch geblieben.

Der Gesamtpersonalrat hat in seiner Sitzung am 23. August 2017 beschlossen, einen Antrag auf Erhöhung des Zuschusses zum Jobticket zu stellen.

Die wichtigsten Vorteile sind:

- Entlastung der Umwelt, vor allem des innerstädtischen Lebensraumes, durch weniger Kraftverkehr
- Steigerung der Arbeitgeber-Attraktivität durch (monetäre) Zusatzleistungen
- Einsparung von Dienstfahrkarten bei Nutzung des Jobtickets für dienstliche Zwecke

In Anlehnung an das „Nürnberger Modell“ (siehe beil. Zeitungsartikel) regen wir an, den Zuschuss des Jobtickets auf 33% bis 66% des Fahrpreises zu erhöhen und zu dynamisieren. Wir halten mittlerweile einen prozentualen Zuschuss bezogen auf den jeweils aktuellen Monatspreis des Firmenabo für angebracht. Weiterhin wünschen wir uns die Einführung einer sozialen Komponente in Form einer Staffelung der Zuschusshöhe:

- **33%** des Ticketpreises für die Entgeltgruppen 10 bzw. Besoldungsgruppen A 11 und höher
- **50%** des Ticketpreises für die Entgeltgruppen 9c bzw. Besoldungsgruppen A 10 und niedriger
- **66%** des Ticketpreises für Nachwuchskräfte und Praktikantinnen und Praktikanten

Nachdem die Mehrzahl der städtischen Beschäftigten ein Jobticket der Preisstufe A (Nürnberg – Fürth – Stein) bezieht, sollte diese als Grundlage für die Berechnung des Zuschusses hergenommen werden.

Berechnung am Beispiel der Preisstufe A

Preisstufe A	Monatspreis Jobticket	Zuschuss	Endpreis für städtische Beschäftigte
bis EGr. 9c bzw. BGr. A 10	52,60 Euro	26,30 Euro	26,30 Euro
Ab EGr. 10 bzw. BGr. A 11	52,60 Euro	17,53 Euro	35,07 Euro
Nachwuchskräfte bzw. Praktikantinnen und Praktikanten	52,60 Euro	35,07 Euro	17,53 Euro

Unabhängig von dem o.g. Antrag regt der Gesamtpersonalrat an, Überlegungen anzustellen einen Park- and Ride-Parkplatz außerhalb zu schaffen. So könnten Parkmöglichkeiten für Berufspendlerinnen und –pendler entstehen, die die Innenstadt (bzw. ihre Dienststelle) ebenfalls mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen können.

Alle Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs sind gleichzeitig wichtige Maßnahmen zur Senkung der Feinstaubbelastung in den Innenstädten.

- II. In Abdruck an Ref. II
- III. D m.d.B. um wohlwollende Prüfung des Antrages auf Erhöhung des Jobticket-Zuschusses für städt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Fürth, 25. August 2017
GPR

gez. Flory

(2070)